

I/PABC-GV-38/20-90

27. Feb. 1990

Betrifft

Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes,  
(LVBG-Novelle 1990); Motivenbericht

Landesregierung Landesgeschäftsbereich
Eing: 28.2.1990
Ltg. 193/L-111
V.-Aussch.

Hoher Landtag!

Zwischen den Gebietskörperschaften und den vier Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes wurde mit Wirksamkeit vom 1. April 1990 eine Anhebung der Bezüge der öffentlich Bediensteten des Bundes um monatlich S 350,-- vereinbart.

Mit dem vorliegenden Gesetzesentwurf soll das Monatsentgelt für die Vertragsbediensteten des Landes angehoben werden. Die Kosten für die Bezugsanhebung (inklusive der Landesbeamten; die DPL 1972 soll analog geändert werden) liegen für das Jahr 1990 bei rund 88 Millionen Schilling (Aktiv- und Pensionsaufwand).

Damit das geänderte Monatsentgelt termingerecht ausbezahlt werden kann, wurde der Gesetzesentwurf nicht zur Begutachtung versandt.

Die NÖ Landesregierung beehrt sich daher, den Antrag zu stellen:

Der Hohe Landtag wolle die beiliegende Vorlage der NÖ Landesregierung über den Entwurf einer Änderung des Landes-Vertragsbedienstetengesetzes, LGBl. 2300, (LVBG-Novelle 1990) der verfassungsmäßigen Behandlung unterziehen und einen entsprechenden Gesetzesbeschluß fassen.

NÖ Landesregierung

L u d w i g

Landeshauptmann

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung

